



Servicestelle Familienfreundliches Studium

Infobrief Nr. 1-2/2026

Liebe Leser*innen,

vielleicht bringt die Ferienzeit etwas Entschleunigung in den Arbeitsalltag.

Hierfür haben wir Ihnen eine umfangreiche Doppelausgabe des Infobriefes der Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS) zusammengestellt.

In eigener Sache machen wir aufmerksam auf unsere Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“, deren Autorin Prof. Dr. Dorothee Frings ist und die wir Ende Mai 2026 veröffentlichen. Um Sie darüber hinaus bei der Beratung dieser Zielgruppe zu unterstützen, bieten wir eine fünfteilige Online-Seminarreihe im September/Oktober 2026 an, zu der wir Sie über unseren Verteiler eingeladen haben.

Zudem bereichert seit dem 1. April 2026 bereichert Frau Thanh Doan-Tonne die IBS, SIK und SFS als Referentin für Sozialrecht. Wir als SFS freuen uns über die Verstärkung in diesem Bereich.

Gerne nehmen wir Ihre Neuigkeiten, Angebote und Benefits für Studierende mit Familien- und Pflegeaufgaben auf und freuen uns, wenn Sie uns darüber informieren per mail an: sfs@studierendenwerke.de.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und schöne Sommerwochen,

Ihre Servicestelle Familienfreundliches Studium

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Themen in dieser Ausgabe

Aus SFS und DSW

- [Neue SFS-Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“](#)
- [Einladung zur SFS-Online-Seminarreihe „Aufenthalts- und Sozialrecht für internationale Studierende mit Kind“](#)
- [Einladung zum SFS-Seminar: „Gute Arbeit sichtbar machen! Profilstärkung und Marketing in den Campus-Kitas“](#)
- [„Campusleben der Zukunft“: Gemeinsame Impulse von Hochschulen und Studierendenwerken](#)

Aus Bund und Ländern

- [BAföG-Reform – aber mit Verspätung](#)
- [Neue Verwaltungsvereinbarung von Bund und Länder im Zuge des Investitionsprogramms für die Kindertagesbetreuung](#)
- [BMBFSFJ: Neues Bundesjugendkuratorium berufen](#)
- [Bildungsbericht 2026 - Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung bleiben zentrale Aufgaben](#)
- [Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung](#)

Kinderbetreuung auf dem Campus

- [STW Gießen: 10 Jahre Kita PINGUINE](#)
- [STW Thüringen: Sommerfest in der Kita Campus Kinder Nordhausen](#)
- [STW Dresden: Kindersachen-Tausch im Campusbüro Uni mit Kind](#)
- [STW Thüringen: Eine Kinderreise nach Panama](#)
- [STW Aachen: Richtfest für neues KiTa- und Bürogebäude](#)
- [BMBFSFJ: Kindertagesbetreuung Kompakt 2025 - Kita-Bedarf bleibt trotz sinkender Geburtenzahlen hoch](#)
- [BMBFSFJ-Expertise zu Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen](#)
- [BMBFSFJ: Fünfter Monitoringbericht zum KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz \(KiQuTG\) veröffentlicht](#)
- [JFMK und KMK: Gemeinsame Empfehlung zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich](#)
- [Fröbel-Podcast für pädagogische Fachkräfte: "Kita trifft Grundschule - wie gelingt ein guter Übergang?"](#)
- [Gerechte Zugänge zur Kita sichern: Ergebnisse des 1. Deutschen Kita-Symposiums verdeutlichen dringenden politischen Handlungsbedarf](#)
- [Deutscher Kitaverband: „Zukunftsperspektiven für das deutsche Kita-System“](#)
- [Evaluationsinstrument Evi:P veröffentlicht: Stärkung von Partizipation und Inklusion in Kindertageseinrichtungen](#)



Themen in dieser Ausgabe

Kinderbetreuung auf dem Campus

- [Expertise: Demokratiestärkende Persönlichkeitsentwicklung in der Kindertagesbetreuung](#)
- [WiFF-Panelstudie 2026: Ausbildung und Berufsverbleib pädagogischer Fachkräfte – Teilnehmer*innen für bundesweite Befragung gesucht](#)
- [Sozialindexgestützte Förderung frühkindlicher Bildung und Entwicklung – ein neues Diskussionspapier](#)

Studium und Campus

- [STW Karlsruhe tritt dem Netzwerk „Familie in der Hochschule“ bei](#)
- [Marian Grau ist „Student des Jahres 2026“](#)
- [DSW: Mieten-Druck: Zwei Drittel überlastete Studierenden-Haushalte](#)
- [TK Dossier 2026: Wie geht's Deutschlands Studierenden?](#)
- [DAAD: Broschüre „Mit Stipendium ins Ausland“](#)

Unterstützung für Studierende/ Familien

- [Der Paritätär: Kürzungspläne bei Kindern, Familien und Menschen mit Behinderungen ausgewertet](#)
- [Der Paritätär: 37 Vorschläge für echte Einsparpotentiale im Sozialstaat](#)
- [Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform bringen den Umbau des Sozialstaates in's Rollen](#)
- [VAMV: Gegen Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss – wir bleiben dran!](#)
- [Bundestag macht den Weg für antragsloses Kindergeld frei](#)
- [Der Paritätär: Kindersofortzuschlag - Skandalöse Kürzung bei armutsbetroffenen Kindern](#)
- [BMAS: Umgestaltung der Grundsicherung - Änderungen sind ab Juli in Kraft getreten](#)
- [Bundesrat: GKV-Sparpaket gebilligt – Familienversicherung betroffen](#)
- [Der Paritätische: Fachinfo zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz](#)
- [Bundesrat: Gesetz gegen missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung](#)
- [Der Paritätär: Armutsbericht 2026 - Soziale Spaltung verschärft sich, besonders betroffen sind u. a. Alleinerziehende](#)
- [Destatis: Elterngeld 2025 - Anteil der Eltern mit Elterngeld Plus auf Höchststand](#)
- [Der Paritätische: Neuerungen bei der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im AsylbLG](#)
- [VAMV: Der Bestseller! Das VAMV-Taschenbuch „Alleinerziehend - Tipps und Informationen“](#)



Themen in dieser Ausgabe

Unterstützung für Studierende/ Familien

- [BMAS: Broschüre Sozialhilfe – Aktuelle Beträge für Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch \(SGB XII\)](#)
- [BMBFSFJ: Kampagne für Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien gestartet](#)
- [Deutscher Verein: Empfehlungen für eine inklusive Familienbildung](#)
- [BiB: Bildungsort Familie - Mehr Zeit, mehr Geld und mehr Potenziale – wie groß sind die Unterschiede?](#)
- [BiB: Enkelbetreuung als Beispiel intergenerationaler Solidarität](#)

Studieren mit Pflegeaufgaben

- [Der Paritätär: Neue Studie veröffentlicht - Hunderttausende von verdeckter Pflegearmut betroffen](#)
- [Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Pflegeversicherung](#)
- [Der Paritätär: PNOG grundlegend falsch ausgerichtet und enttäuschend](#)
- [Petition „Pflegerreform ja – aber nicht auf Kosten pflegender Angehöriger“](#)
- [Y-Kollektiv-Podcast: Ich pflege meine Mama seit ich 13 bin: Young Carer](#)
- [BMBFSFJ: Neue Website klärt Jugendliche über Demenz auf](#)
- [DGUV: Hilfe für die Helfenden - Wenn Angehörige pflegen](#)

Lesenswertes zum Schluss

- [Destatis: Zahl der Geburten sinkt im Jahr 2025 auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit](#)
- [Kinderreport 2026: Chancengerechte Bildung in Deutschland ermöglichen](#)
- [Paritätische Beiträge zur Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“](#)
- [IAB-Kurzbericht zum Thema Arbeits- und Betreuungsarrangements von Familien mit kleinen Kindern](#)

Termine/ Veranstaltungen

- [Inforeihe Kinder, Jugend und Familien: 3 Tools für mehr Selbstfürsorge und besseres Stressmanagement im pädagogischen Alltag am 11. August 2026](#)
- [BAG-BEK: Herbsttagung am 17.-18. September 2026](#)
- [3. Bundestagung Kita-Sozialarbeit: Profile – Praxis – Professionalität am 24.-25. September 2026 in Berlin](#)

Aus SFS und DSW

Neue SFS-Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“

Die Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS) des Deutschen Studierendenwerks (DSW) veröffentlichte im Mai 2026 erstmals eine Handreichung zum Thema internationale Studierende mit Kindern.

Informationen zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Belangen werden in den Beratungsstellen der Studierendenwerke und Hochschulen regelmäßig nachgefragt. Zunehmend sind die Berater*innen jedoch mit sehr komplexen Problemlagen internationaler Studierender mit Kindern konfrontiert. Die neue SFS-Handreichung soll dabei unterstützen, internationale studierende Eltern kompetent zu informieren und zu beraten.

Inhaltliche Schwerpunkte der Publikation liegen auf den aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen und auf eventuellen sozialrechtlichen Ansprüchen. Sie zeigt auf, unter welchen Bedingungen internationale studierende Eltern Leistungen in Anspruch nehmen können und welche Auswirkungen dies auf den Aufenthaltsstatus haben kann. Die Informationen sind in zwei Kapiteln in einem durchgängigen FAQ-Stil aufbereitet und werden durch farblich hinterlegte Info- und Beispielkästen anschaulich dargestellt. Eine tabellarische Übersicht über Familienleistungen nach dem Aufenthaltsstatus ist im Anhang beigelegt.

Die deutsche Fassung der Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“ ist als kostenfreie Print- und Online-Ausgabe (barrierefrei) erschienen. Aktuell ist die englischsprachige Übersetzung in Arbeit, die nur als Online-Ausgabe erscheinen wird.

[Link SFS-Publikation](#)

Einladung zur SFS-Online-Seminarreihe „Aufenthalts- und Sozialrecht für internationale Studierende mit Kind“

Die Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS) des Deutschen Studierendenwerks (DSW) lädt herzlich zur Online-Seminarreihe „Aufenthalts- und Sozialrecht für internationale Studierende mit Kind“ im Herbst 2026 mit Prof. Dr. jur. D. Frings ein. Es werden fünf Veranstaltungsböcke angeboten am: 21., 22., 28., 29.9. sowie 5.10.2026 jeweils vormittags von 10.00 bis 13.00 Uhr. Das Angebot richtet sich an Abteilungsleitungen Familienfreundliches Studium/ Kinderbetreuung und Sozialberater*innen der Studierendenwerke sowie an Mitarbeitende der Familienbüros der Hochschulen. Aufgrund der BMFTR-Förderung wird keine Teilnahmegebühr erhoben. Eine Anmeldung ist erforderlich – bitte melden Sie sich bis zum 14. September 2026 an unter unten stehendem Link.

[Link Anmeldung](#)



Aus SFS und DSW

Einladung zum SFS-Präsenzseminar „Gute Arbeit sichtbar machen! Profilstärkung und Marketing in den Campus Kitas“

Sinkende Kinderzahlen und zunehmend freie Kita-Plätze stellen auch die Campus-Kitas bundesweit mit unterschiedlich starker Ausprägung und bei unterschiedlichen gesetzlichen, strukturellen sowie finanziellen Rahmenbedingungen vor neue Herausforderungen. Eine gute pädagogische Arbeit allein scheint nicht mehr auszureichen, um vorhandene Kita-Plätze zu besetzen. In diesem praxisnahen SFS-Seminar am 19.+20.11.2026 in Fulda setzen sich die Teilnehmenden mit der Schärfung des Kita-Profiles auseinander und lernen mögliche Bausteine für die externe Kommunikation und das Marketing kennen. Am Ende der Fortbildung werden die Teilnehmenden konkrete Ideen zur Entwicklung eines starken Kitaprofils und Im-pulse für eine wirkungsvolle Außendarstellung im Gepäck haben, die dann gemeinsam mit der Kommunikationsabteilung ihrer Institution adressiert werden können - um gemeinsam die passenden Familien anzuziehen.

[Link Anmeldung](#)

„Campusleben der Zukunft“: Gemeinsame Impulse von Hochschulen und Studierendenwerken

Mit einem am 14. Juli 2026 veröffentlichtem Impulspapier wollen Hochschulkanzler*innen und Studierendenwerks-Geschäftsführer*innen gemeinsam das Campusleben der Zukunft weiterentwickeln. Sie machen Vorschläge, wie der Campus der Zukunft aussehen und eine hohe Aufenthaltsqualität bieten sollte. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Hochschulen und Studierendenwerke gemeinsam Campusorte weiterentwickeln können, damit sie den veränderten Studien- und Lebensrealitäten der Studierenden gerecht werden. Es gehe dabei nicht allein um Gebäude und Flächen, sondern um das „soziale und kulturelle Gefüge“, schreiben die Autor*innen. Die Publikation benennt u. a. Studieren, Arbeiten, Essen, Wohnen, Kita, Beratung, Kommunikationsorte, Treffpunkte, kulturelle, sportliche und politische Aktivitäten sowie Feste als Schlüsselthemen eines lebendigen Campuslebens. Ein besonderes Augenmerk legt das Impulspapier auf die Zusammenarbeit von Hochschulen und Studierendenwerken. Beide Partner seien natürliche Verbündete, wenn es darum geht, Studierende zum Verweilen auf dem Campus zu motivieren, soziale Integration zu fördern, attraktive Begegnungsorte zu schaffen und vorhandene Ressourcen sinnvoll zu nutzen.

[Link Pressemitteilung des DSW vom 14.7.2026](#)

[Link Publikation Campusleben der Zukunft: Ein Impulsgeber für Hochschulleitungen und Geschäftsführungen von Studierendenwerken](#)



Aus Bund und Ländern

BAföG-Reform – aber mit Verspätung

Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD haben sich am 9. Juli 2026 im Grundsatz auf eine 30. BAföG-Novelle geeinigt. Sie soll in einem Paket beschlossen werden und mehrstufig bis 2029 in Kraft treten. Die Koalitionspartner haben sich auf folgende Maßnahmen geeinigt:

- Die Wohnkostenpauschale soll zum Sommersemester 2027 von 380 Euro auf 440 Euro steigen
- Die Bedarfssätze sollen zum Wintersemester 2027/28 auf 503 Euro und zum Sommersemester 2029 auf 563 Euro steigen
- Die Freibeträge sollen ab dem Wintersemester 2028/29 jährlich um 1,5 Prozent erhöht werden
- Es soll eine verlässliche und transparente Regelung zur Überprüfung und Anpassung der Fördersätze am Grundsicherungsniveau ab 2030 geben
- Geplant ist der Wegfall des Leistungsnachweises ab dem fünften Fachsemester
- Die Antragstellung soll grundsätzlich über BAföG Digital: erfolgen
- Das Auslands-BAföG soll nun doch nicht an das Bundesverwaltungsamt übertragen werden.

Am 29. Juli 2026 soll die BAföG-Novelle ins Kabinett gehen, nach der Sommerpause startet dann das parlamentarische Verfahren.

Angesichts des Hin und Her der Bundesregierung zur im Koalitionsvertrag angekündigten BAföG-Reform hat ein neues BAföG-Bündnis Union und SPD aufgefordert, ihre BAföG-Versprechen einzuhalten. Die Bundesregierung müsse deutlich machen, dass sie die Anliegen der jungen Generation ernstnimmt, fordert das Bündnis in einer Petition, die es gemeinsam mit der Kampagnen-Organisation Campact gestartet hat.

[Link ARD-Berichterstattung am 9.7.2026](#)

[Link DSW-Pressemitteilung vom 9.7.2026](#)

[Link DSW-Journal 2-3/2026, Cartoon Seite 4, Essay von Jan-Martin Wiarda Seite 12-15](#)

[Link Petition „BAföG jetzt retten“](#)

Neue Verwaltungsvereinbarung von Bund und Länder im Zuge des Investitionsprogramms für die Kindertagesbetreuung

Das vom Bund kreditfinanzierte Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) stellt den Ländern auf Grundlage des Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG) insgesamt 100 Mrd. Euro zur Verfügung (Länderanteil SVIK gem. Art. 143h Abs. 2 GG). Die Bundesregierung hat den Ländern zudem insgesamt 4 Milliarden Euro für die Jahre 2026 bis 2029 für Investitionen in die Kindertagesbetreuung sowie Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur aus dem SVIK zugesagt. Ziel ist es, die vereinbarten 4 Mrd. Euro ziel- und passgenau entsprechend der Bedarfe der Länder einzusetzen. Die Umsetzung erfolgt für den Bereich Kindertagesbetreuung erneut als Investitionsprogramm im Wege von Finanzhilfen nach Art. 104b GG auf Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung.

Am 5. Mai 2026 teilte Bundesbildungsministerin Karin Prien mit, dass die finale, gemeinsam ausgehandelte Fassung der Verwaltungsvereinbarung nun den Ländern zur Unterzeichnung vorliegt. Nach Unterzeichnung der Vereinbarung durch alle Länder setzen die Länder eigene Förderrichtlinien auf und organisieren die Antrags- und Bewilligungsverfahren. Träger von Kindertageseinrichtungen und andere Antragsteller können Fördermittel für Neubau, Ausbau, Umbau, Sanierung und moderne Ausstattung beantragen - einschließlich digitaler Infrastruktur und energetischer Maßnahmen.

[Link Pressemitteilung des BMBFSFJ vom 5.5.2026](#)

[Link Portal Frühe Chancen](#)

[Link Überblick zum Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundesfinanzministeriums](#)

[Link Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz — LuKIFG vom 23.10.2025](#)

[Link Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität \(SVIKG\) vom 2.10.2025](#)



Aus Bund und Ländern

BMBFSFJ: Neues Bundesjugendkuratorium berufen

Am 5. Mai 2026 hat Staatssekretärin Dr. Petra Bahr im Namen von Bundesjugendministerin Karin Prien die Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums für die 21. Legislaturperiode berufen. Der Beratungsauftrag der Sachverständigen ist gesetzlich vorgeschrieben und bezieht sich auf grundsätzliche Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpolitik. Dem Bundesjugendkuratorium gehören Sachverständige aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und der Fachpraxis an. Es bezieht junge Menschen in geeigneter Weise in seine Beratungen ein und prüft bei der Bearbeitung der Themen, wie die Auffassungen jeweils betroffener junger Menschen am besten berücksichtigt werden können. Unterstützt wird das Bundesjugendkuratorium von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut.

[Link Meldung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 5.5.2026](#)

[Link Bundesjugendkuratorium](#)

Bildungsbericht 2026 - Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung bleiben zentrale Aufgaben

Am 15. Juni haben Bund und Länder zum insgesamt elften Mal gemeinsam mit dem DIPF - Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation den nationalen Bildungsbericht "Bildung in Deutschland 2026" vorgestellt. Er zeigt: Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Der Bericht macht deutlich, dass sich Entwicklungen im Bildungssystem häufig erst mittel- und langfristig zeigen und deshalb über mehrere Berichtszyklen hinweg betrachtet werden müssen. Gleichzeitig beschreibt der Bericht zahlreiche Maßnahmen und Ausbauprozesse, mit denen Bund und Länder auf die Herausforderungen im Bildungssystem reagieren.

Besonders die frühe Bildung bleibt ein zentrales Handlungsfeld: 2025 wurde mit mehr als 57.000 Einrichtungen erneut ein Höchststand bei den Kitas erreicht. Gleichzeitig bestehen insbesondere bei den unter Dreijährigen in einigen Regionen weiterhin deutliche Betreuungsengpässe. Der Bericht verweist darauf, dass Bildungsungleichheiten häufig bereits vor dem Schuleintritt entstehen und sich über den gesamten Bildungsverlauf hinweg fortsetzen können.

[Link Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 15.6.2026](#)

[Link Informationen zum Nationalen Bildungsbericht](#)

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

Einmal pro Legislaturperiode legt die Bundesregierung den Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE-Bericht) vor. Der Achte Bericht umfasst die Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder, der BNE-Gremien sowie der kommunalen Spitzenverbände und weiterer gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Der Schwerpunkt liegt auf wesentlichen Entwicklungen, strategischen Schwerpunkten und Ergebnissen des nationalen und internationalen Prozesses der strukturellen Verankerung von BNE im Bildungssystem. Auch die Ergebnisse des Nationalen Monitorings sind einbezogen. Details zu Einzelmaßnahmen und Programmen aus den Ländern sowie Beispiele aus der Praxis sind im Anhang ergänzend zu den jeweiligen Bildungsbereichen und Handlungsfeldern auf Länderebene und Bundesebene aufbereitet. Der Bericht ist nach Bildungsbereichen untergliedert und Kapitel befasst sich mit der Förderung der Verankerung von BNE in allen Bereichen des Bildungssystems – unter 5.1 wird auf die BNE in der frühkindlichen Bildung eingegangen.

[Link Informationen des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

[Link Achter Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, Stand 24.6.2026](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus

STW Gießen: 10 Jahre Kita PINGUINE

Im Rahmen ihres Sommerfestes hat die Kita PINGUINE des Studierendenwerks Gießen am 19. Juni 2026 ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert. Seit ihrer Eröffnung am 1. November 2016 begleitet die Einrichtung auf dem Campus der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) Kinder von Studierenden und Beschäftigten in den ersten Lebensjahren und unterstützt Familien bei der Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie. Das Studierendenwerk Gießen übernahm ein von der THM bereitgestelltes Gebäude und richtete darin, orientiert am bewährten Konzept der bereits bestehenden Kita Kiwis, eine weitere Einrichtung ein. Seit der Eröffnung wurden insgesamt 108 Kinder in der Einrichtung betreut. Die Kita richtet sich insbesondere an Kinder von THM- und JLU- Studierenden sowie THM-Beschäftigten.

[Link Pressemeldung des STW Gießen vom 19.6.2026](#)

STW Thüringen: Sommerfest in der Kita Campus Kinder Nordhausen

Mit vielen Aktionen feierte die Kita Campus Kinder Nordhausen des Studierendenwerks Thüringen am 19. Juni 2026 ihr jährliches Sommerfest. Das von den Kindern im April bestimmte Motto lautete dieses Jahr „Wo ist der Schatz versteckt?“. Der Festnachmittag begann um 14:30 Uhr mit einer Schnitzeljagd, an der die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern und Großeltern teilnahmen. An vier kreativen Stationen konnten Puzzleteile gesammelt werden, welche anschließend von den Kindern zur Schatzkarte zusammengesetzt wurden. Anhand dieser Schatzkarte ging es auf Schatzsuche. Erfolgreich – auf die Kinder wartete ein Schatz aus Piraten-Spielmünzen und dekorativen Diamanten. Darüber hinaus erhielt jedes Kind eine Sommerfest-Urkunde sowie eine von den Mitarbeitenden liebevoll gestaltete Medaille.

[Link Pressemitteilung des STW Thüringen vom 23.6.2026](#)

STW Dresden: Kindersachen-Tausch im Campusbüro Uni mit Kind

Am 18. Juni 2026 fand im Rahmen der Nachhaltigkeitswoche der TU Dresden die Kinderkleidertauschbörse im Campusbüro Uni mit Kind statt. Von 10 bis 17 Uhr drehte sich das Kinderkleider-Karussell. Der nächste Baby- und Kindersachen-Flohmarkt wird auch schon geplant, bitte den 28. Oktober 2026 vormerken! Das Campusbüro Uni mit Kind ist eine Kooperationseinrichtung von Studentenwerk Dresden und Technischer Universität Dresden.

[Link Veranstaltungen des STW Dresden](#)

STW Thüringen: Eine Kinderreise nach Panama

Wie leben Kinder in Panama und wie sieht ihre Kunst aus? Diesen Fragen gingen die Kinder der Jenaer Kindertageseinrichtung Fuchsturmweg des Studierendenwerks Thüringen gemeinsam mit der Bildungsreferentin Eucaris Guillen im Rahmen eines Bildungsangebots des Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V. nach. Im Mittelpunkt der dritten Veranstaltung der Reihe „Kulturelle Vielfalt und Diversität“ stand das kreative Gestalten sogenannter Molas – farbenprächtiger Textilkunstwerke aus Panama. Die Kinder hatten zuvor bereits erste Eindrücke von dem mittelamerikanischen Land gesammelt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen konnten sie nun selbst aktiv werden: Mit buntem Papier gestalteten sie eigene Motive, die an die traditionellen Molas indigener Gemeinschaften Panamas angelehnt sind.

[Link Meldung des STW Thüringen vom 10.4.2026](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus

STW Aachen: Richtfest für neues KiTa- und Bürogebäude

Am 29. Januar 2026 wurde am Campus Melaten Richtfest gefeiert, die RWTH errichtet dort ein KiTa- und Bürogebäude. Das Studierendenwerk Aachen übernimmt die Trägerschaft der Kindertagesstätte. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2027 geplant. Es wird mit einer Wärmepumpe (betrieben mit nachhaltigem Strom) und Photovoltaik auf dem Dach ausgerüstet werden. Die ersten beiden Etagen sind für die KiTa vorgesehen, Herzstück ist ein „Luftraum“ (Architekt David Koenigsfeld, Heinle Wischer Architekten), eine Art Atrium im Innern, der die beiden Etagen miteinander verbindet und als zentrale Spielhalle dienen wird. Auf rund 1500 Quadratmetern Nutzfläche werden 120 Kinder in acht Gruppen Platz finden. Betrieben wird die KiTa im Auftrag der RWTH vom Studierendenwerk. In die oberen vier Etagen werden die RWTH-Geographen mit fünf Instituten einziehen. Ihnen stehen 2500 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung, ein nach außen sichtbares Zeichen der Mieter*innen im Innern wird eine Wetter- und Messstation auf dem Dach des Gebäudes sein. Die „spannende Mischnutzung dieses prägnanten Solitärbaus“ (David Koenigsfeld) brachte der Zimmermann (Zimmerei Bald) mit seinem Richtspruch bestens zum Ausdruck: „Ein Raum für Arbeit, wo gedacht wird, ein Raum für Kinder, wo gelacht wird.“

[Link Pressemitteilung des STW Aachen vom 30.1.2026](#)

BMBFSFJ: Kindertagesbetreuung Kompakt 2025 - Kita-Bedarf bleibt trotz sinkender Geburtenzahlen hoch

Am 11. Juni 2026 hat das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) die neue Ausgabe der Broschüre "Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2025" veröffentlicht. Demnach bleibt der Bedarf an den Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung trotz sinkender Geburtenzahlen bundesweit hoch. Die Zahl der unter dreijährigen Kinder in der Kindertagesbetreuung ist erstmals rückläufig. Der elterliche Bedarf übersteigt das vorhandene Angebot jedoch weiterhin deutlich. Aktuelle Vorausberechnungen zeigen, dass Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung trotz sinkender Geburtenzahlen auch in den kommenden Jahren erforderlich bleiben. Hier einige Ergebnisse sind laut Pressemitteilung des BMBFSFJ:

- Die Zahl der unter dreijährigen Kinder in der KiTa ist erstmals rückläufig, 47.140 weniger als im Vorjahr
- Für U3-Kindern gab es einen leichten Anstieg der Betreuungsquote auf 37,8 % und 49,3 % der Eltern formulieren einen Betreuungsbedarf
- Betreuungsquote bei Ü3-Kindern lag bundesweit bei 95,3 %
- Ein Drittel der Eltern in Ostdeutschland und mehr als die Hälfte der Eltern in Westdeutschland berichten von ungeplanten Schließtagen in den Einrichtungen

[Link Pressemitteilung des BMBFSFJ vom 11.6.2026](#)

[Link Online-Publikation „Kindertagesbetreuung Kompakt“](#)

BMBFSFJ-Expertise zu Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat im April 2026 eine Expertise zur Umsetzung von Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen bei vierjährigen Kindern veröffentlicht. Die von der Prognos AG erarbeitete Studie liefert wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Empfehlungen für die Ausgestaltung verpflichtender Erhebungen und anschließender Fördermaßnahmen im Rahmen des geplanten Qualitätsentwicklungsgesetzes (QEG). Grundlage der Expertise sind eine systematische Literaturanalyse, wissenschaftliche Experten-Hearings, ein interdisziplinärer Praxis-Workshop sowie eine Recherche und systematische Aufbereitung der bestehenden Regelungen und Verfahren in den Ländern.

[Link Aktuelle Meldung des Portals Frühe Chancen vom 14.4.2026](#)

[Link Expertise zur Umsetzung der Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen bei vierjährigen Kindern](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus

BMBFSFJ: Fünfter Monitoringbericht zum KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) veröffentlicht

Das Bundesbildungsministerium hat am 17. Februar 2026 den fünften Monitoringbericht zum KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) veröffentlicht und weist darauf hin, dass bereits einiges erreicht wurde bei der Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung - es aber weiterhin viel zu tun bleibt, um bundesweit gleiche Bedingungen für alle Kinder zu schaffen. Zentrale Ergebnisse des Berichts auf Basis der Daten der amtlichen Statistik und der Befragungen des Deutschen Jugendinstituts sind:

- 2024 flossen rund 83 % der Bundesmittel in Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung, z. B. zur Verbesserung des Personal-Kind-Schlüssels, zur Stärkung der Fachberatung, für mehr Leitungsressourcen oder in die Verbesserung der Praxisanleitung
- In Maßnahmen zur Entlastung bei den Elternbeiträgen wurden ca. 17 % der Bundesmittel investiert
- In einigen Bereichen gab es von 2023 zu 2024 sowie seit Inkrafttreten des KiQuTG 2019 bundesweit Verbesserungen – z. B. beim Personal-Kind-Schlüssel, bei der Gewinnung von Fachkräften und bei Zeitkontingenten für Leitungen
- Beobachtungsmethoden zur Sprachstandserhebung werden in Kitas fast flächendeckend eingesetzt – standardisierte Sprachscreenings und Sprachentwicklungstests dagegen noch nicht
- Insgesamt bestehen die teils deutlichen Unterschiede zwischen den Ländern fort, bspw. in 2024 beim Personal-Kind-Schlüssel – die Spanne in U3-Gruppen reichte von 2,9 bis 5,5 Kindern pro Fachkraft
- Ebenfalls große Unterschiede gibt es zwischen den Ländern weiterhin bei den vertraglich festgelegten Leitungsaufgaben: Der Anteil an Kitas, die keine Personen vertraglich für Leitungsaufgaben angestellt haben, reichte 2024 von 1,5 % (Thüringen) bis 22 % (Bremen)

[Link Pressemitteilung des BMBFSFJ vom 17.2.2026](#)

[Link Aktuelle Meldung des Portals Frühe Chancen vom 17.2.2026](#)

[Link Monitoringbericht zum KiQuTG 2025](#)

JFMK und KMK: Gemeinsame Empfehlung zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich

Die Bildungsministerkonferenz (BMK) hat Ende März 2026 die „Gemeinsame Empfehlung zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich“ beschlossen. Damit findet ein gemeinsamer Arbeits- und Abstimmungsprozess mit der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) seinen erfolgreichen Abschluss.

Die Empfehlungen beschreiben Grundsätze und Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Übergang und stellen die Bedürfnisse und Interessen der Kinder in den Mittelpunkt. Sie betonen die Bedeutung früh erworbener sprachlicher, mathematischer sowie sozialer und emotionaler Kompetenzen und unterstreichen die gemeinsame Verantwortung von Eltern, pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften. Erarbeitet wurden die Empfehlungen von einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe, die erstmals im April 2021 zusammentrat und ihre Arbeit im Mai 2025 abschloss. Die JFMK hatte den Empfehlungen bereits am 3. März 2026 zugestimmt. Mit dem Beschluss der Bildungsministerkonferenz treten die Empfehlungen in Kraft und bilden eine wichtige Grundlage für die weitere Zusammenarbeit der Länder sowie für den Austausch mit dem Bund.

[Link Pressemitteilung der KMK vom 1.4.2026](#)

[Link Gemeinsame Empfehlung zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich von JFMK und KMK](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus

Fröbel-Podcast für pädagogische Fachkräfte: "Kita trifft Grundschule - wie gelingt ein guter Übergang?"

Der Übergang von der Kita in die Grundschule ist ein zentraler Schritt für Kinder – und oft begleitet von hohen Erwartungen, Unsicherheiten und Debatten rund um Schulfähigkeit, Sprache und Leistung. Doch was brauchen Kinder in dieser Phase wirklich? Gemeinsam mit Timm Albers spricht Kathrin Hohmann darüber, wie Kinder diesen Übergang erleben, welche Kompetenzen tatsächlich wichtig sind und warum ein defizitorientierter Blick auf Schulfähigkeit problematisch sein kann. Außerdem geht es um die Rolle von Mehrsprachigkeit, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit – und darum, wie Fachkräfte Kinder in dieser sensiblen Phase gut begleiten können.

[Link Fröbel-Podcast über Spotify](#)

Gerechte Zugänge zur Kita sichern: Ergebnisse des 1. Deutschen Kita-Symposiums verdeutlichen dringenden politischen Handlungsbedarf

Am 4. und 5. Mai 2026 fand das 1. Deutsche Kita-Symposium, gemeinsam ausgerichtet vom Paritätischen Gesamtverband, der DKJS, Auridis Stiftung, ver.di und der BAG-BEK, mit 300 Teilnehmer*innen statt. Das Kita-Symposium hat eindrücklich gezeigt, dass die Frage gerechter Zugänge zu Angeboten der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung zu den zentralen sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit gehört. Denn bei der Platzvergabe gehen nach wie vor die Familien häufiger leer aus, die bereits benachteiligt sind und deren Kinder besonders von einer hochwertigen Kindertagesbetreuung profitieren. Im Nachgang der Veranstaltung wurde eine Abschlusserklärung veröffentlicht, die die wesentlichen Erkenntnisse und den daraus resultierenden Handlungsbedarf zusammenfasst.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 29.6.2026](#)

[Link Erklärung der Organisator*innen des 1. Deutschen Kita-Symposiums 2026](#)

Quelle: BAG-BEK-Newsletter vom 13.5.2025

Deutscher Kitaverband: „Zukunftsperspektiven für das deutsche Kita-System“

Das deutsche Kita-System befindet sich in einer wichtigen Umbruchphase. Das zeigt die Studie „Zukunftsperspektiven für das deutsche Kita-System“ im Auftrag des Deutschen Kitaverbands. Die Diagnose ist eindeutig: Das Kita-System befindet sich in einem kritischen Zustand – zugleich bietet es enorme Gestaltungschancen für Bildung, Teilhabe, Integration, Demokratie und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Nahezu alle befragten Expert*innen sehen das System unter erheblichem Druck. Fachkräftemangel, hohe Belastung der Teams, unsichere Finanzierung und ein Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen gefährden die Qualität frühkindlicher Bildung. Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Anspruch an Kitas: Sie sollen Bildungsgerechtigkeit fördern, Familien entlasten, Integration ermöglichen und Kinder auf eine komplexe Welt vorbereiten.

Aus Sicht des Deutschen Kitaverbands braucht es deshalb eine neue Phase der Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen, Trägern, Wissenschaft und Fachkräften. Der Verband fordert einen bundesweiten Kita-Gipfel, bei dem verbindlich über Qualität, Evaluation, Finanzierung und Verantwortung im Kita-System gesprochen wird. Ziel ist eine gemeinsame Verständigung darüber, was gute frühkindliche Bildung in Deutschland leisten soll – und wie sie verlässlich finanziert werden kann.

[Link Beitrag inklusive Kurzfassung der Studie des Deutschen Kitaverbands beim Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung e.V. \(nifbe\) vom 20.5.2026](#)



Kinderbetreuung auf dem Campus

Evaluationsinstrument Evi:P veröffentlicht: Stärkung von Partizipation und Inklusion in Kindertageseinrichtungen

Der Paritätische Gesamtverband hat gemeinsam mit Prof. Dr. Timm Albers und Sarah Meusel von der Universität Paderborn das Evaluationsinstrument „Evi:P – Evaluationsinstrument für eine partizipative und inklusive Praxis in der Kindertagesbetreuung“ entwickelt. Das Instrument unterstützt pädagogische Teams in Kitas dabei, ihre Praxis systematisch weiterzuentwickeln und auf Inklusion, Teilhabe und Kinderrechte auszurichten.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 20.4.2026](#)

Expertise: Demokratiestärkende Persönlichkeitsentwicklung in der Kindertagesbetreuung

Mit der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Expertise „Fokus auf das Wesentliche: Demokratiestärkende Persönlichkeitsentwicklung als Kernaufgabe von Kindertagesbetreuung“ legen Dr. Katrin Macha und Lena Claßen eine fundierte Analyse zur Bedeutung früher Demokratiebildung vor. Die Publikation ist im Auftrag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes entstanden und wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 22.5.2026](#)

[Link Publikation Fokus auf das Wesentliche: Demokratiestärkende Persönlichkeitsentwicklung als Kernaufgabe von Kindertagesbetreuung](#)

WiFF-Panelstudie 2026: Ausbildung und Berufsverbleib pädagogischer Fachkräfte – Teilnehmer*innen für bundesweite Befragung gesucht

Die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF) am Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) lädt Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen mit Abschluss vor 2024 zur Teilnahme an einer bundesweiten Onlinebefragung ein. Angesprochen sind sowohl Personen, die aktuell in der Frühen Bildung tätig sind, als auch solche, die in einem anderen Bereich arbeiten oder sich in einer beruflichen Unterbrechung befinden. Die Studie untersucht berufliche Wege und Veränderungen, Arbeitsbedingungen und Zufriedenheit im Berufsverlauf und liefert wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Profession für Politik, Verwaltung und Wissenschaft.

[Link Informationen zur WiFF-Panelbefragung](#)

[Link WiFF-Befragung](#)

Quelle: Newsletter ErzieherIn.de vom 8.4.2026

Sozialindexgestützte Förderung frühkindlicher Bildung und Entwicklung – ein neues Diskussionspapier

Wie können Ressourcen in der frühkindlichen Bildung gerechter verteilt werden – und was braucht es, damit benachteiligte Kinder bessere Startchancen erhalten? Diesen Fragen widmet sich das Diskussionspapier „Sozialindexgestützte Förderung frühkindlicher Bildung und Entwicklung“ des Vereins für Sozialplanung e.V. (VSOP), des Instituts für soziale Arbeit e.V. (ISA) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V. (Der Paritätische).

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 22.6.2026](#)

[Link Diskussionspapier](#)

Studium und Campus

STW Karlsruhe tritt dem Netzwerk „Familie in der Hochschule“ bei

Der Verein „Familie in der Hochschule“ (FidH) ist eine Initiative von über 150 Hochschulen, hochschulnahen Institutionen und Forschungseinrichtungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Mitglieder gehen mit der Unterzeichnung der Charta „Familie in der Hochschule“ die Selbstverpflichtung ein, die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familienaufgaben umzusetzen und nachhaltig zu verankern. Das Studierendenwerk Karlsruhe ist nun dem FidH-Netzwerk beigetreten.

Die Vereinbarkeit von Beruf, Studium und Familie ist sowohl für Mitarbeiter*innen als auch für Studierende im Hochschulumfeld wichtig. Nach dem Studierendenwerk München und dem AKAFOE Bochum ist Karlsruhe das dritte Studierendenwerk in der FidH. Das Studierendenwerk Karlsruhe versteht sich als sozialer Dienstleister für Studierende und verfolgt das Ziel, die Vereinbarkeit von Studium und familiären Verpflichtungen zu verbessern und orientiert sich dabei an den Bedürfnissen ihrer Studierenden und Mitarbeitenden. Dies ist entscheidend, um Studierenden mit Kindern oder Pflegeaufgaben ein chancengleiches Studium zu ermöglichen.

Ziele des Studierendenwerks Karlsruhe sind unter anderem der Ausbau der Unterstützungsangebote für Studierende mit Kind, beispielsweise durch Veranstaltungen zu Fördermöglichkeiten, die Umsetzung eines Kooperationsprojekts mit dem Paritätischen Sozialdienst zur gezielten Verbesserung der Lebenssituation studierender Eltern, die Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der Projektgruppe „Studieren mit Familie“ sowie der Ausbau des Netzwerks zur stärkeren Vernetzung relevanter Akteure. Durch den Beitritt soll die Wichtigkeit dieser Arbeit sichtbar werden und die Förderung einer familienbewussten Organisations- und Führungskultur gestärkt werden.

[Link Meldung des STW Karlsruhe vom 3.7.2026](#)

Marian Grau ist „Student des Jahres 2026“

Der Informatikstudent Marian Grau von der Universität Konstanz wird in diesem Jahr vom Deutschen Studierendenwerk (DSW) und vom Deutschen Hochschulverband (DHV) für sein außergewöhnliches Engagement bei der Unterstützung von Familien mit schwerstbehinderten Kindern als „Student des Jahres“ ausgezeichnet. Dieses Wirken ist eng mit seiner eigenen Lebensgeschichte verknüpft und aus diesen tiefen persönlichen Erfahrungen ist seitdem ein neben Schule und Studium beispielgebendes ehrenamtliches Engagement erwachsen. Sowohl als Botschafter des Deutschen Kinderhospizvereins als auch als Pate von Philip Julius e.V. tritt Marian Grau neben seinem Studium als Autor, Referent und Gesprächspartner in Erscheinung, um für die Belange von Familien mit schwerstbehinderten Kindern zu sensibilisieren. Im Rahmen seines Engagements für Philip Julius e.V. hat Marian Grau mit dem Programm „Von Geschwistern für Geschwister“ ein bundesweit einzigartiges Leuchtturmprojekt ins Leben gerufen.

Den Preis „Student/-in des Jahres“ haben DHV und DSW zum elften Mal ausgelobt. Mit der Auszeichnung werden Studierende gewürdigt, die ein über die Leistungen im Studium hinausgehendes, herausragendes Engagement zeigen, das möglichst einzigartig und innovativ sein sollte. Diese Kriterien erfüllt nach einhelliger Ansicht der sechsköpfigen DHV/DSW-Jury Marian Grau in besonderer Weise. Verliehen wurde der Preis „Student des Jahres“ am 23. März 2026 in Berlin bei der „Gala der Deutschen Wissenschaft“ des DHV. Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro wird vom Stifterverband gestiftet.

[Link Pressemitteilung des DSW vom 4.2.2026](#)

Studium und Campus

DSW: Mieten-Druck: Zwei Drittel überlastete Studierenden-Haushalte

Der finanzielle Druck auf die Studierenden auf dem freien Wohnungsmarkt nimmt weiter zu. Das zeigen neue Zahlen, die das Statistische Bundesamt am 15. Juli 2026 veröffentlicht hat: Studierende müssen 54 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden, zwei Drittel der Studierenden-Haushalte gelten als überlastet. Das Deutsche Studierendenwerk (DSW) ist alarmiert. Der DSW-Vorstandsvorsitzende Matthias Anbuhl sagt, es sei angesichts der Zahlen für die aktuelle Studierenden-Generation schmerzhaft, dass die Bundesregierung die für dieses Wintersemester 2026/2027 geplante Erhöhung der BAföG-Wohnkostenpauschale verschoben hat aufs Sommersemester 2027. Die vollständige DSW-Pressemitteilung können Sie über den untenstehenden Link einsehen.

[Link Pressemitteilung des DSW vom 16.7.2026](#)

[Link Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15.7.2026](#)

TK Dossier 2026: Wie geht's Deutschlands Studierenden?

Die psychische Belastung von Studierenden in Deutschland verharrt seit der Corona-Pandemie auf einem hohen Niveau. Das zeigt das aktuelle TK-Dossier 2026 „Wie geht's Deutschlands Studierenden?“ der Techniker Krankenkasse. Demnach geben 41 Prozent der Studierenden an, sich häufig gestresst zu fühlen. Als wichtigste Belastungsfaktoren nennen die Befragten Prüfungsdruck, die Doppelbelastung durch Studium und Erwerbsarbeit sowie die Angst vor schlechten Noten. Hinzu kommen ein hoher Lernaufwand und finanzielle Sorgen. Besonders alarmierend: 35 Prozent der Studierenden weisen eine hohe oder sehr hohe emotionale Erschöpfung auf, die als zentrales Merkmal von Burnout gilt. Dieser Wert liegt deutlich über früheren Erhebungen. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung von Prävention, gesundheitsförderlichen Studienbedingungen und niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten an Hochschulen. Für die Gestaltung chancengerechter Hochschulen ist die psychische Gesundheit von Studierenden ein wichtiges Thema, denn Belastungen wirken sich nicht nur auf den Studienerfolg, sondern auch auf Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit aus. [Link TK-Meldung vom 11.6.2026](#)

[Link TK Dossier 2026](#)

Quelle: Newsletter der Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen (KCS) vom 1.7.2026

DAAD: Broschüre „Mit Stipendium ins Ausland“

Gerne möchten wir auf die Broschüre „Mit Stipendium ins Ausland“ aufmerksam machen, die als Unterstützung und Ergänzung für die Beratungsarbeit rund um Auslandsaufenthalte und Fördermöglichkeiten des DAAD gedacht ist. Die Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit Geförderten des DAAD und anderer Organisationen, interessierten Studierenden, Mitarbeitenden von International Offices und DAAD-Mitarbeitenden erarbeitet. Sie bietet einen Überblick über die Stipendien des DAAD und anderer Förderorganisationen, stellt mehrere Programme ausführlich vor und beschreibt das Bewerbungs- und Auswahlverfahren für DAAD-Stipendien. Die Broschüre enthält auch gezielte Informationen für Erstakademikerinnen und Erstakademiker, Studierende mit Kind sowie Studierende mit chronischer Erkrankung oder Behinderung. Die Broschüre ist im Bestellsystem des DAAD zu finden unter www.daad.de/publikationsbestellung--> Praktika, Studium, Hochschulkooperationen im Ausland - studieren weltweit oder unter Studieren weltweit - Informationen für Multiplikatoren.

[Link Bestellsystem des DAAD](#)

[Link Studieren weltweit - Informationen für Multiplikatoren](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

Der Paritätär: Kürzungspläne bei Kindern, Familien und Menschen mit Behinderungen ausgewertet

Beim Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 25. Juni 2026 standen unter dem Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ Kürzungspläne für die Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und beim Unterhaltsvorschuss auf der Agenda. Im April 2026 brachte der Paritätische Gesamtverband einen ursprünglichen, 108-seitigen Entwurf an die Öffentlichkeit. Die nun vorliegenden Beschlüsse der Regierungschefinnen und -chefs mit dem Bundeskanzler zeigen, von den 108 Seiten mit 70 Forderungen und sehr konkreten Einsparvorschlägen sind vierzehn Seiten mit sehr viel allgemeineren Zielbestimmungen übriggeblieben. Diese haben es laut Paritätär dennoch in sich. Durchgehende Linie nicht nur der Vorschläge ist es, das bisherige Subsidiaritätsverständnis auf den Kopf zu stellen. Auch weitere der beschlossenen Vorhaben sind äußerst kritisch zu bewerten: das Pooling von Assistenzleistungen als Regelfall, der Vorrang für strukturelle Hilfen vor Einzelfallhilfen, die Einschränkung der Betreuung junger Volljähriger, die Ausweitung kommunaler Prüf- und Steuerungsrechte, Einschränkungen des Wunsch- und Wahlrechts, die Deckelung tariflicher Refinanzierung oder mögliche Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss. Der Paritätär hat die Beschlüsse fachlich eingeordnet.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 9.7.2026](#)

[Link Fachliche Einordnung des Paritätischen Gesamtverbandes aus Juni 2026](#)

[Link Positionierung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. \(BAGFW\) vom 3.7.2026](#)

[Link 108-seitiger Entwurf „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“, Stand 26.3.2026](#)

Der Paritätär: 37 Vorschläge für echte Einsparpotentiale im Sozialstaat

Der Paritätische Gesamtverband hat 37 konkrete Maßnahmen vorgelegt, wie der Sozialstaat effizienter gestaltet und solide finanziert werden kann, ohne dass Menschen in schwierigen Lebenslagen die Last tragen. Anlass ist eine seit Monaten im Kanzleramt tagende Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, die Kürzungen im Sozialbereich prüft. Bislang wurden Wohlfahrtsverbände nicht in diesen Prozess einbezogen.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 16.6.2026](#)

[Link Publikation Reform des Sozialstaats - Vorschläge zur Entbürokratisierung und für nachhaltige Kostensenkungen](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform bringen den Umbau des Sozialstaates in's Rollen

Die Kommission zur Sozialstaatsreform (KSR) hatte ihre Vorschläge zur Modernisierung und Entbürokratisierung der steuerfinanzierten Sozialleistungen (u. a. Leistungen nach SGB II und SGB XII, Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss betreffend) am 27. Januar 2026 an die Bundesregierung übergeben. Die insgesamt 26 Empfehlungen skizzieren wie steuerfinanzierte Sozialleistungen moderner, digitaler und weniger bürokratisch werden können. Die Empfehlungen sollen sowohl für Bürger*innen als auch für die Verwaltungen zu Entlastungen führen und gleichzeitig das soziale Schutzniveau wahren. Die Kommission setzte sich aus Vertreter*innen der Bundesressorts, Länder und kommunalen Spitzenverbände zusammen und in ihrer fünfmonatigen Laufzeit hörte sie über 90 Expert*innen an, darunter Vertreter*innen der Verbände und Sozialleistungsträger, Wissenschaftler*innen, Bundesbehörden, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Initiativen, Dienstleistungsunter*nehmen im Sozialwesen und Praktiker*innen der Sozialverwaltung. Es wurden die vier zentralen Handlungsfelder Neusystematisierung von Sozialleistungen, Verbesserung von Erwerbsanreizen, Rechtsvereinfachung sowie Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung identifiziert und jeweils konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Die Empfehlungen sollen nach Ansicht der Kommission zeitnah umgesetzt und die Gesetzgebung bis Ende 2027 abgeschlossen werden.

[Link Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 27.1.2026](#)

[Link Empfehlungen der KSR](#)

[Link Webseite Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur KSR](#)

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 28.1.2026](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

VAMV: Gegen Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss – wir bleiben dran!

Der VAMV hat im April 2026 eine Petition gestartet als aus Vorschlägen der Kommission zur Sozialstaatsreform (KSR) und einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe des Kanzleramts Pläne zur Streichung des Unterhaltsvorschusses bekannt wurden. Seine Forderungen sind: keine Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss, Unterhaltsvorschuss für alle Kinder von Alleinerziehenden – auch wenn Sozialleistungen bezogen werden, Kindergeld lediglich hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Am 23. Juni 2026 hat VAMV-Bundesgeschäftsführerin Miriam Hoheisel fast 139.000 Unterschriften vor dem Deutschen Bundestag übergeben. Es können weiterhin Unterstützungsunterschriften abgegeben werden.

Leider hat sich die politische Entwicklung seit der Übergabe in eine andere Richtung bewegt. Bundeskanzler Friedrich Merz und die Ministerpräsident*innen der Länder haben sich darauf verständigt, beim Unterhaltsvorschuss zu kürzen. Am Wochenende 11.-12. Juli 2026 sind konkrete Pläne von Bundesfamilienministerin Karin Prien bekannt geworden, den Unterhaltsvorschuss künftig für Kinder von Alleinerziehenden ab dem 16. Geburtstag zu streichen. Das Bundesfamilienministerium soll dazu zeitnah einen Gesetzentwurf vorlegen. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2027 sind die Mittel für den Unterhaltsvorschuss bereits um ein Drittel gekürzt. Auch die Jugend- und Familienminister*innen der Länder wollen Änderungen. Sie unterstützen den Vorschlag der KSR, den gleichzeitigen Bezug von Unterhaltsvorschuss und SGB-II-Leistungen abzuschaffen. Auch das lehnt der VAMV ab.

Für den VAMV ist klar: Alle Kinder von Alleinerziehenden müssen Zugang zum Unterhaltsvorschuss haben, wenn der andere Elternteil keinen oder zu wenig Unterhalt zahlt. Statt Kürzungen braucht es Verbesserungen. Der Unterhaltsrückgriff muss gestärkt und das Kindergeld – wie beim Kindesunterhalt – nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. CDU und SPD sollten ihre Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zügig umsetzen.

[Link Aktuelle Meldung des VAMV vom 14.7.2026](#)

[Link Petition Unterhaltsvorschuss nicht streichen! des VAMV](#)

Bundestag macht den Weg für antragsloses Kindergeld frei

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag, 9. Juli 2026, den Weg für die antragslose Zahlung von Kindergeld durch die Kindergeldstellen freigemacht, was zu einer erheblichen Erleichterung für Eltern und Kindergeldstellen führen soll. Die Umstellung auf das antragslose Kindergeld soll 2027 in zwei Stufen erfolgen.

Die erste Stufe: Ab Frühjahr 2027 soll die Neuerung zunächst für Familien gelten, die bereits Kinder haben und Kindergeld beziehen. Grund dafür ist, dass die relevanten Daten der Familienkasse schon vorliegen. Die zweite Stufe: Ende 2027 soll dann auch für erste Kinder das Kindergeld antragslos ausgezahlt werden. Voraussetzungen dafür sind aber, dass

- mindestens ein Elternteil gemeinsam mit dem Kind im Inland wohnt,
- von diesem Elternteil eine IBAN bekannt ist und
- mindestens ein Elternteil im Inland arbeitet.

Das antragslose Kindergeld soll die bisherige Antragsstellung – nicht die Prüfung des Kindergeldanspruches – ersetzen. Das heißt: Statt über einem Antrag soll die Familienkasse die relevanten Informationen künftig über den Datenaustausch der Verwaltung erhalten. Diese Methode nennt sich Once-Only-Prinzip.

[Link Informationen des Bundesministeriums der Finanzen vom 9.7.2026](#)

[Link Informationen des Deutschen Bundestags am 9.7.2026](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

Der Paritäter: Kindersofortzuschlag - Skandalöse Kürzung bei armutsbetroffenen Kindern

Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, äußert sich anlässlich des Kabinettsbeschlusses zum Haushaltsbegleitgesetz und der darin enthaltenen Streichung des Kindersofortzuschlags: „Im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes versteckt sich eine der weitreichendsten Kürzungen zulasten armer Kinder seit Jahren. Der Sofortzuschlag von 25 Euro im Monat erreicht Kinder und junge Menschen in der Grundsicherung, in der Sozialhilfe und im Asylbewerberleistungsgesetz sowie Familien mit Kinderzuschlag oder Wohngeld. Ihnen allen will die Bundesregierung nun Monat für Monat 25 Euro nehmen. ... Besonders bitter ist die Begründung. Weil die versprochene Kindergrundsicherung gescheitert ist, soll nun auch noch die Überbrückung dorthin fallen. Die Kinder sind deshalb gleich doppelt benachteiligt. Das Vorhaben reiht sich mit der geplanten Kürzung des Wohngeldes und den geplanten Einschränkungen der Familienversicherung und des Elterngeldes in eine Reihe von Kürzungsmaßnahmen ein, die vor allem Familien mit geringen und mittleren Einkommen treffen. ...“

[Link Pressemeldung des Paritätischen Gesamtverbandes vom 8.7.2026](#)

[Link Artikel in der Zeit vom 7.7.2026](#)

[Link Meldung Kabinettsbeschluss zum Bundeshaushalt 2027 vom 6.7.2026](#)

[Link Bericht in der Tagesschau zum geplanten Bundeshaushalt 2027 vom 6.7.2026](#)

BMAS: Umgestaltung der Grundsicherung - Änderungen sind ab Juli in Kraft getreten

Die wesentlichen Änderungen im Zuge der Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (vormals Bürgergeld) sind am 1. Juli 2026 in Kraft getreten. Der Gesetzgeber setzt mit dem 13. SGB II-Änderungsgesetz den entsprechenden Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um. Mit der Reform wird laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch neu ausbalanciert. Das BMAS hat Informationen zu Zielen, Regeln und den wichtigsten Änderungen im SGB II zusammengestellt.

[Link Informationen des BMAS](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

Bundesrat: GKV-Sparpaket gebilligt – Familienversicherung betroffen

In seiner letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause am 10. Juli 2026 billigte der Bundesrat kurz nach der Entscheidung im Bundestag das Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). U.a. beinhaltet dieses Änderungen bei der Familienversicherung. Für mitversicherte Partner*innen wird ab dem Jahr 2028 ein zusätzlicher Beitrag in Höhe von 2,5 Prozent des Einkommens der erwerbstätigen Person erhoben. Dies betrifft allerdings nicht Kinder und Eltern von Kindern unter zwölf Jahren. Darüber hinaus bleiben Ehegatt*innen und Lebenspartner*innen mit Pflegegrad 3, 4 oder 5 sowie mit einem Rentenanspruch wegen voller Erwerbsminderung oder als nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Grundsicherung beziehen, beitragsfrei mitversichert. Einsehbar ist der beschlossene Gesetzestext bis zur Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drucksache 21/7016).

[Link Bundesrat KOMPAKT - Top 86 in ausgewählte Tagesordnungspunkte der 1067. Sitzung am 10.7.2026](#)

[Link Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses \(Drucksache 21/7016\)](#)

Der Paritätische: Fachinfo zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

In seiner Fachinformation vom 13.7.2026 fasst der Paritätische Gesamtverband die Wirkungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes in fünf ausgewählten Bereichen zusammen und betont eingangs, dass auch aus Paritätischer Sicht die Finanzierungslücke in der GKV eine Kombination aus Ausgabenbegrenzung, Effizienzsteigerung und einnahmeseitigen Maßnahmen erfordert. Allerdings ist eine soziale Schieflage entstanden und das Ansinnen der Bundesregierung, die Belastungen gleichmäßig zu verteilen und an der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der betroffenen Akteure auszurichten, ist laut Paritätischer nicht umgesetzt worden. Das Gesetz setzt immer noch zu einseitig auf fiskalische Wirkungen und belastet systematisch diejenigen am stärksten, die auf die GKV-Leistungen am dringendsten angewiesen sind: chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, Einkommensschwache, pflegebedürftige Menschen sowie Menschen in Care-Verantwortung. Letzteres sind häufig Frauen, so dass der Gesetzentwurf auch eine klare geschlechterspezifische Unwucht aufweist. Entgegen der Ankündigungen, die Reform sozialverträglich gestalten zu wollen, liegt ein deutlicher Schwerpunkt der Maßnahmen auf primär ökonomisch ansetzenden Hebeln, die keine ausreichende Schutzwirkung für einkommensschwache Menschen aufweisen. Zudem fehlt ein klarer Fokus auf Prävention und Gesundheitsförderung als maßgebliche Leitlinien für eine Reform des Gesundheitswesens.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 10.7.2026](#)

Bundesrat: Gesetz gegen missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung

Die Länder haben am 10. Juli 2026 ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz gebilligt, das den Missbrauch von Vaterschaftsanerkennungen besser verhindern soll. Künftig müssen Ausländerbehörden der Anerkennung von Vaterschaften zustimmen, wenn ein „aufenthaltsrechtliches Gefälle“ vorliegt. Dies sei gegeben, wenn der Mann, der die Vaterschaft beantragt, Deutscher ist, die Mutter der Kinder aber beispielsweise nur eine Duldung besitzt. Ohne behördliche Zustimmung wird die Anerkennung der Vaterschaft nicht wirksam und entfaltet auch keine ausländerrechtliche Wirkung. Ausnahmen von der Zustimmungspflicht gibt es beispielsweise, wenn der die Vaterschaft Anerkennende der leibliche Vater des Kindes ist. Gleiches gilt, wenn ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann und das Standesamt dies mit einfachen Mitteln feststellen kann, z. B. wenn eine Vaterschaft für ein anderes Kind der gleichen Mutter vorliegt. Im Übrigen gilt: Wenn zwischen dem Anerkennenden und dem Kind eine sozial-familiäre Beziehung besteht oder er tatsächlich Verantwortung für das Kind übernimmt, liegt ebenfalls kein Missbrauch vor. Dies soll aber durch die Ausländerbehörde geprüft werden, wenn keine Urkunden oder Einträge für das Standesamt vorliegen. Das Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

[Link Bundesrat KOMPAKT - Top 2 in ausgewählte Tagesordnungspunkte der 1067. Sitzung am 10.7.2026](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

Der Paritätär: Armutsbericht 2026 - Soziale Spaltung verschärft sich, besonders betroffen sind u. a. Alleinerziehende

Der neuer Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes mit dem Titel „Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit“ enthält alarmierende Befunden: Die soziale Spaltung in Deutschland verschärft sich. 13,3 Millionen Menschen leben in Armut, die Armutsquote steigt auf 16,1 Prozent. Gleichzeitig wächst die Kluft zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen. Während Armut insgesamt zunimmt, verfestigt sie sich besonders bei Älteren, Frauen und Alleinerziehenden. „Wir sehen eine Gesellschaft, die sozial weiter auseinanderdriftet. Menschen spüren das. Jetzt immer neue Kürzungen zu diskutieren, schürt Angst und Unsicherheit. Das spielt Populisten und Extremisten in die Hände“, erklärt Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

[Link Schwerpunktseite zum Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes](#)

[Link Online-Publikation Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit - Paritätischer Armutsbericht](#)

Destatis: Elterngeld 2025 - Anteil der Eltern mit Elterngeld Plus auf Höchststand

Rund 1,61 Millionen Frauen und Männer in Deutschland haben im Jahr 2025 Elterngeld erhalten. Das waren rund 62 000 oder 3,7 % weniger als im Jahr 2024. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ging die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug im Vorjahresvergleich um 15 000 oder 3,4 % auf 417 000 zurück, die Zahl der leistungsbeziehenden Frauen um 47 000 oder 3,8 % auf 1,19 Millionen. Damit sank die Zahl der Elterngeldbeziehenden im vierten Jahr in Folge und lag 13,9 % niedriger als 2021. Diese Entwicklung spiegelt auch den Rückgang der Geburten in den vergangenen Jahren wider.

648 000 Bezieher*innen von Elterngeld planten im Jahr 2025 die Inanspruchnahme von Elterngeld Plus, und zwar 45,2 % der berechtigten Mütter und 26,1 % der Väter. Insgesamt betrug der Anteil der Empfänger*innen von Elterngeld, die bei ihrem Elterngeldbezug zumindest anteilig auch Elterngeld Plus einplanten, 40,3 % (2024: 36,7 %).

[Link Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.4.2026](#)

Der Paritätische: Neuerungen bei der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im AsylbLG

Am 12. Juni 2026 traten zahlreiche gesetzliche Änderungen im Asyl-, Aufenthalts- und Leistungsrecht in Kraft, um europäische Vorgaben umzusetzen („GEAS-Reform“). Einer der sehr wenigen positiven Aspekte des Gesetzespakets betrifft die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im AsylbLG. In seiner Fachinfo stellt der Paritätische die neuen Regelungen für Kinder und Jugendliche im Grundleistungsbezug nach § 3 bzw. 4 AsylbLG ausführlich dar, hier nur ein Überblick:

- Ab dem 12. Juni haben alle Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, einen Anspruch auf Gesundheitsversorgung haben wie alle gesetzlich Versicherten.
- Fast alle AsylbLG-berechtigten Minderjährigen werden zwar keine Mitglieder einer Krankenkasse, aber müssen von der Leistungsbehörde zur Auftragsversorgung bei einer Krankenkasse gem. § 264 Abs. 2 SGB V angemeldet werden. Sie bekommen daher eine Gesundheitskarte und brauchen für medizinische Behandlungen normalerweise keine Genehmigung mehr vom Sozialamt.
- Diese Regelungen gelten für alle Kinder und Jugendlichen, die Grundleistungen nach dem AsylbLG erhalten (in den ersten 36 Monaten des Aufenthalts). Für Personen, die Analogleistungen (nach mehr als 36 Monaten Aufenthalt) oder lebensunterhaltssichernde Leistungen der Jugendhilfe erhalten, war dies auch zuvor schon so.

[Link Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 17. 6.2026](#)

[Link Fachinformation zur Gesundheitsversorgung Minderjähriger im Asylbewerberleistungsgesetz](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

VAMV: Der Bestseller! Das VAMV-Taschenbuch „Alleinerziehend - Tipps und Informationen“

Wo bekommen Alleinerziehende finanzielle Unterstützung? Was sind ihre Ansprüche? Welche Rechte haben die Kinder von Alleinerziehenden? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt das Taschenbuch „Alleinerziehend - Tipps und Informationen“ in der 26. Auflage von 2026, herausgegeben vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV). Das Taschenbuch kann kostenfrei beim Publikationsversand der Bundesregierung bestellt oder gegen eine Versandpauschale über die Geschäftsstellen der VAMV-Landesverbände bezogen werden.

[Link Publikation „Alleinerziehend - Tipps und Informationen“ des VAMV](#)

BMAS: Broschüre Sozialhilfe – Aktuelle Beträge für Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat in einer siebenseitigen Broschüre Zahlen und Fakten zu Regelbedarfen/Regelsätzen, dem persönlichen Schulbedarf, dem Barbetrag in stationären Einrichtungen und weiteren Mehr- und Sonderbedarfen kompakt aufgeschlüsselt.

[Link Broschüre des BMAS, Stand 2026](#)

BMBFSFJ: Kampagne für Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien gestartet

Bundesfamilienministerin Karin Prien hat am 10. Juli 2026 eine bundesweite Kampagne für das Beratungsangebot „Hilfen im Netz“ für Kinder von Eltern mit psychischen und Suchterkrankungen gestartet. Auf dem Potsdamer Platz in Berlin präsentierte die Ministerin die Plakataktion, die acht Wochen lang auf öffentlichen Werbeflächen für das Angebot wirbt. „Hilfen im Netz“ bietet betroffenen Kindern und Jugendlichen anonyme und kostenlose Beratung und stellt ihnen darüber hinaus passende Hilfen zur Seite. Das Familienministerium hat die Förderung für das Projekt um weitere drei Jahre bis Sommer 2029 verlängert. Die Kampagne wird durch ein Sponsoring des Außenwerbers Wall ermöglicht.

[Link Meldung des BMBFSFJ vom 10.7.2026](#)

[Link Online-Plattform „Hilfen-im-Netz“](#)

Deutscher Verein: Empfehlungen für eine inklusive Familienbildung

Die in Familien geleistete Fürsorge kommt ihren Mitgliedern und auch der Gesellschaft zugute. Immer wieder haben Familien über die Familienphasen hinweg Fragen oder stehen vor Herausforderungen. Hier leistet Familienbildung von Anfang an einen bedeutsamen Beitrag. Am 25. März 2026 hat der Deutsche Verein die Empfehlung „Familien mit Kindern mit Behinderungen stärken: Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. für eine inklusive Familienbildung“ verabschiedet.

[Link Empfehlung zu inklusiven Familienbildung des Deutschen Vereins](#)



Unterstützung für Studierende/Familien

BiB: Bildungsort Familie - Mehr Zeit, mehr Geld und mehr Potenziale – wie groß sind die Unterschiede?

Eltern mit höherem Bildungs- und Einkommensniveau investieren mehr Zeit und Geld in die Förderung ihrer Kinder als sozioökonomisch schlechter gestellte Eltern. Diese Unterschiede im Bildungsort Familie sind ein zentraler Erklärungsansatz dafür, dass die familiäre Herkunft in Deutschland weiterhin maßgeblich für die Bildungsbiografien von Kindern ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), in der Zeitinvestitionen und bildungsbezogene Ausgaben von Eltern analysiert wurden. Als Grundlage dienen repräsentative Daten aus der Zeitverwendungserhebung und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. „Die Befunde zeigen dringenden Handlungsbedarf, um den Bildungsort Familie für die Ausschöpfung aller Bildungspotenziale zu stärken“, folgert Mitautorin Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Direktorin des BiB. Als besonders vielversprechend gelten dabei Programme, die Informations- und Verhaltensbarrieren auf Seiten der Eltern abbauen und elterliche Bildungsinvestitionen frühzeitig fördern – etwa im Rahmen der Frühen Hilfen. Ergänzend können finanzielle Unterstützungsinstrumente wie das Bildungs- und Teilhabepaket Familien entlasten, die sich höhere Bildungsausgaben sonst nicht leisten könnten.

[Link Pressemitteilung des BiB vom 4.2.2026](#)

[Link Publikation BiB.Aktuell 1/2026](#)

BiB: Enkelbetreuung als Beispiel intergenerationaler Solidarität

Am 4. Februar 2026 feierte das Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), den Europäischen Tag der Demografie. Er dient dazu, wissenschaftliche Erkenntnisse sichtbar zu machen und den Dialog zwischen Politik, Forschung und Gesellschaft zu fördern. In diesem Jahr wurde das Verhältnis zwischen den Generationen in den Fokus gerückt. Neben der Diskussion um zukünftige Belastungen jüngerer Menschen – etwa durch das Sozial- und Rentensystem oder die Folgen des Klimawandels – lohnt der Blick auf bestehende Formen gelebter Solidarität. Dazu zählt die Unterstützung von Familien durch Großeltern, insbesondere bei der Kinderbetreuung. Großeltern haben in vielen europäischen Ländern eine große Bedeutung bei der Kinderbetreuung. Ein Blick auf Deutschland zeigt: In Familien, in denen Kinder regelmäßig informell betreut werden, nutzen 81 Prozent der Familien mit Kindern im Krippenalter, 77 Prozent der Familien mit Kindern im Kindergartenalter und 72 Prozent der Familien mit Kindern im Grundschulalter die Betreuung durch Großeltern. „Diese Zahlen machen deutlich, dass Großeltern einen unverzichtbaren Beitrag zur Alltagsorganisation vieler Familien leisten“, betont Prof. C. Katharina Spieß, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). „Ohne ihr Engagement wäre die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Eltern deutlich schwieriger.“

[Link Pressemitteilung des BiB vom 4.2.2026](#)

[Link BiB-Beitrag „Ein Blick auf Großeltern, Eltern und Enkel“](#)



Studieren mit Pflegeaufgaben

Der Paritätär: Neue Studie veröffentlicht - Hunderttausende von verdeckter Pflegearmut betroffen

Wer wenig Geld hat und zu Hause gepflegt wird, bekommt trotz Anspruch oft keine ausreichende finanzielle Hilfe, so eine vom Paritätischen Gesamtverband in Auftrag gegebene Studie zum Thema Pflegearmut. Rund 4,9 Millionen Menschen werden in Deutschland zu Hause gepflegt. Etwa 390.000 von ihnen haben Anspruch auf die Sozialleistung 'Hilfe zur Pflege', wenn ihr Einkommen und Vermögen zusammen mit den Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen, um ihre Bedarfe zu decken. Nur 76.000 Betroffene erhalten diese Hilfe aber tatsächlich. Damit zeigt die Studie "Pflegearmut" des Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Klie, dass in der Regel nur einer von fünf Armutsbetroffenen in häuslicher Pflege die ihr zustehende Hilfe bekommt. Neben Unwissen, Scham und ausbleibender Beratung führen unterschiedliche Verwaltungspraxen der Sozialämter zu der Unterversorgung, so der Paritätische. Die Studie ermittelt die Zahl der potenziell Anspruchsberechtigten auf die Sozialleistung 'Hilfe zur Pflege' mittels Modellrechnungen, die auf Daten des Statistischen Bundesamtes zur Grundsicherung beruhen. Dabei zeigen sich regional massive Unterschiede bzgl. des Zugangs.

[Link Pressemitteilung des Paritätischen Gesamtverbandes vom 19.3.2026](#)

[Link Online-Publikation Hilfe, die nicht ankommt: Armut in der häuslichen Pflege](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Pflegeversicherung

Am 5. Juni 2026 wurde der Referentenentwurf für ein Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) veröffentlicht. Laut Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) sollen damit die Finanzen der Pflegeversicherung stabilisiert und die Versorgung der Menschen verbessert werden. Das BMI hat den Referentenentwurf und Stellungnahmen dazu veröffentlicht sowie FAQ zusammengestellt.

[Link Informationen des BMG, Stand 5.6.2026](#)

[Link Beitrag in der Tagesschau vom 4.6.2026](#)

[Link Referentenentwurf des BMG vom 4.6.2026](#)

Der Paritätär: PNOG grundlegend falsch ausgerichtet und enttäuschend

Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, gibt anlässlich des am 4. Juni 2026 veröffentlichten Referentenentwurfs des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) ein Pressestatement ab: „Anstelle einer grundlegenden Reform der Pflege kürzt die Bundesregierung zu Lasten pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen sowie der Pflegeeinrichtungen und ihren Mitarbeitenden. Diese Reform löst kein einziges strukturelles Problem der Pflegeversicherung. Stattdessen werden die Eigenanteile für Menschen im Pflegeheim weiter steigen, obwohl sie längst an die Belastungsgrenze gestoßen sind. ... Die geplante Reduzierung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige um 30% ist ein Schlag in die Gesichter all derjenigen, die täglich unbezahlte Pflegearbeit leisten, meistens Frauen. Besonders gravierend ist die drohende Abkehr von der jahrelangen Tarifbindung in der Pflege. Wer bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege politisch in Frage stellt, zerstört Vertrauen, treibt Fachkräfte aus dem Beruf und gefährdet die Versorgungssicherheit, indem Pflegeeinrichtungen nicht kalkulierbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt werden. ... Die vorgeschlagene Streichung des Entlastungsbetrages belastet Betroffene zusätzlich, widerspricht dem Grundsatz der Prävention und droht, künftige Kosten in die Höhe zu treiben. Eine Stärkung des ambulanten Bereichs findet nicht statt. ...“

Am 10. Juni 2026 informiert der Paritätische Gesamtverband zu seiner abgegebenen Stellungnahme zum Referentenentwurf des PNOG inklusive der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW).

[Link Pressestatement des Paritätischen Gesamtverbandes vom 4.6.2026](#)

[Link Beitrag anlässlich der Stellungnahme zum PNOG des Paritätischen Gesamtverbandes vom 10.6.2026](#)



Studieren mit Pflegeaufgaben

Petition „Pflegereform ja – aber nicht auf Kosten pflegender Angehöriger“

Pflegende Angehörige sind die tragende Säule der Pflege in Deutschland. Millionen Menschen kümmern sich täglich um ihre Eltern, Partner*innen, Kinder, Großeltern, Nachbarn oder andere nahestehende Personen. Ohne dieses Engagement würde das Pflegesystem nicht funktionieren. Vor diesem Hintergrund haben wir pflegen e. V. und Pflegende Angehörige e. V. die Petition „Pflegereform ja – aber nicht auf Kosten pflegender Angehöriger“ gestartet. Anlass ist der aktuelle Referentenentwurf zur Pflegereform, der viele wichtige Fragen offenlässt und an mehreren Stellen die häusliche Pflege zu schwächen droht. Viele pflegende Familien blicken mit großer Sorge auf die Reformpläne. Sie fragen sich, wie sie die Pflege ihrer Angehörigen künftig bewältigen sollen, fühlen sich von der Politik nicht ausreichend gehört und befürchten den Abbau bewährter Unterstützungsleistungen.

Die Petition fordert u. a. den Erhalt der Verhinderungspflege als eigenständige Leistung, den Schutz der Rentenansprüche pflegender Angehöriger, eine bessere Unterstützung von Familien und Young Carers sowie die Stärkung unabhängiger Beratungsangebote. Ziel ist eine Pflegereform, die die Versorgung vereinfacht und verbessert, ohne die Menschen zu belasten, die den größten Teil der Pflege leisten.

[Link Meldung von wir pflegen e. V. vom 16.6.2026](#)

[Link Petition](#)

Y-Kollektiv-Podcast: Ich pflege meine Mama seit ich 13 bin: Young Carer

Diese Folge des jungen Doku-Podcasts der ARD erzählt in persönlichen Geschichten vom Alltag von Laura und Eva, die beide Young Carers sind. Das heißt: Sie pflegen ihre eigenen Eltern seit einigen Jahren – und haben damit schon begonnen, bevor sie überhaupt richtig erwachsen waren. Schulabschluss und Studium liefen parallel. Partys, Studi-Leben, Hobbys? Funktionieren nur mit guter Planung – und dem Gedanken im Hinterkopf, dass ein Elternteil zu Hause auf Unterstützung angewiesen ist.

[Link Podcast-Folge in der ARD Audiothek vom 2.5.2025](#)

Quelle: [Pausentaste](#)-Newsletter vom 18.6.2026

BMBFSFJ: Neue Website klärt Jugendliche über Demenz auf

Das Bundesbildungs- und -familienministerium hat am 11. Mai mit "Decode Demenz" eine neue Website zum Thema Demenz speziell für Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren gelauncht. Das Angebot richtet sich dennoch an alle, die mehr über Demenz erfahren möchten oder selbst im Alltag durch Angehörige davon betroffen sind. Die Website wurde bewusst an das Erscheinungsbild sozialer Medien angelehnt und orientiert sich damit an den digitalen Gewohnheiten der jungen Zielgruppe. Neben grundlegenden Informationen und hilfreichen Tipps in jugendgerechter Sprache erhalten sie auch konkrete Hinweise, wie sie als Jugendliche mit herausfordernden Situationen umgehen können und wo sie Unterstützung erhalten.

[Link Pressemitteilung des BMBFSFJ vom 19.5.2026](#)

[Link Website "Decode Demenz"](#)

DGUV: Hilfe für die Helfenden - Wenn Angehörige pflegen

Pflegende Angehörige übernehmen einen Großteil der häuslichen Pflege in Deutschland. Unter bestimmten Voraussetzungen sind sie gesetzlich unfallversichert. Welche Leistungen die Unfallversicherung bietet und wie sie dabei unterstützt, gesund zu bleiben, fasst die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) in einem Online-Beitrag zusammen.

[Link Informationen der DGUV](#)



Lesenswertes zum Schluss

Destatis: Zahl der Geburten sinkt im Jahr 2025 auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit

Im Jahr 2025 wurden in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen rund 654 300 Kinder geboren. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren das 3,4 % Neugeborene weniger als im Vorjahr (2024: 677 117 Geburten). Damit sank die Geburtenzahl im vierten Jahr in Folge und erreichte den niedrigsten Stand seit 1946. Die Zahl der Sterbefälle (rund 1,01 Millionen) überstieg die Zahl der Geburten im Jahr 2025 um 352 000. Das war das größte Geburtendefizit der Nachkriegszeit. Die niedrigen Geburtenzahlen der vergangenen Jahre ergeben sich aus zwei Entwicklungen: Das Eintreten der zahlenmäßig kleinen 1990er-Geburtsjahrgänge in das wichtige fertile Alter von Anfang 30 und die seit 2022 sinkende zusammengefasste Geburtenziffer.

[Link Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.4.2026](#)

Kinderreport 2026: Chancengerechte Bildung in Deutschland ermöglichen

Am 26. Mai 2026 stellte Karin Prien gemeinsam mit der Vizepräsidentin und dem Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, Anja Siegesmund und Holger Hofmann, den Kinderreport 2026 des Deutschen Kinderhilfswerkes vor. Er zeigt auf Grundlage repräsentativer Befragungen, welche Veränderungen im Bildungssystem aus Sicht von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen besonders wichtig sind. Demnach fordern große Teile der Bevölkerung mehr staatliche Investitionen und umfangreiche Reformen im Bildungssystem, um insbesondere von Armut betroffenen Kindern bessere Chancen zu bieten. Erwachsene, Kinder und Jugendliche sprechen sich für bundesweit einheitliche Bildungsstandards aus und dafür, dass Bildung von der Kita bis zur Schule kostenfrei sein sollte, begleitet von mehr qualifiziertem Personal. Für den Report befragte das Forschungsinstitut forsa im Januar 2026 jeweils rund 1.000 Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene.

[Link Themenseite zum Kinderreport 2026 des Deutschen Kinderhilfswerkes](#)



Lesenswertes zum Schluss

Paritätische Beiträge zur Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“

Die vom Bundestag im Juli 2025 eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ hat sich in einer öffentlichen Anhörung am 11. Juni 2026 dem Thema „Arbeitswelt, soziale Sicherung und soziale Resilienz, Care-Arbeit“ gewidmet. Die Pandemie hat das Leben aller Menschen beeinflusst - wie sich dies für die Arbeitswelt auswirkte, diskutierte die Kommission mit verschiedenen Sachverständigen. Auch Katja Kipping, Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Sozial- und Europapolitik des Paritätischen Gesamtverbandes konnte sich einbringen und erläuterte die Herausforderungen für vulnerable Gruppen während der Pandemie und erläuterte Lösungsansätze der Wohlfahrtspflege. Der Paritätische hatte zudem in einem abteilungsübergreifend erarbeiteten Papier für die Arbeitsfelder in sozialer Arbeit, Selbsthilfe, Teilhabe und Pflege exemplarische Empfehlungen entwickelt, die in zukünftigen vergleichbaren Krisen Anwendung finden sollten.

[Link heute im bundesstag – hib 478/2026 vom 12.6.2026](#)

[Link Pressemeldung des Paritätischen Gesamtverbandes vom 15.6.2026](#)

[Link Enquete-Kommission](#)

[Link Bericht 2./3. Lesung des Bundestages zur Einsetzung der Enquete-Kommission vom 10.7.2025](#)

IAB-Kurzbericht zum Thema Arbeits- und Betreuungsarrangements von Familien mit kleinen Kindern

Die Förderung der Erwerbsintegration von Frauen und speziell von Müttern ist ein zentrales Thema der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik. Entscheidend für eine Erwerbsaufnahme von Müttern sind dabei nicht nur die Bedingungen am Arbeitsmarkt und die vorhandenen Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung, sondern auch die Einstellung zu Familie und Beruf. Vor diesem Hintergrund untersuchen die Autor*innen des Berichtes „Arbeits- und Betreuungsarrangements von Familien mit kleinen Kindern: Gesellschaftliche Einstellung zu Erwerbstätigkeit von Müttern und externer Kinderbetreuung“ die Normvorstellungen zur außerhäuslichen Betreuung von Kindern und zur Erwerbstätigkeit von Müttern.

[Link IAB-Kurzbericht 2-2026](#)



Termine/ Veranstaltungen

Inforeihe Kinder, Jugend und Familien: 3 Tools für mehr Selbstfürsorge und besseres Stressmanagement im pädagogischen Alltag am 11. August 2026

Der Paritätische Gesamtverband bietet die vom BMBFSFJ geförderte Inforeihe Kinder, Jugend und Familie kostenlos an und lädt am 11. August 2026, 14:00 - 15:00 Uhr zur oben genannten Veranstaltung ein. In ihrem Impuls führt Goška Soluch, Dozentin und Koordinatorin der Weiterqualifizierung zur Elternbegleitung, in Grundlagen der Stresstheorie ein und beleuchtet, wie Stress, Anspannung und Erschöpfung im pädagogischen Alltag entstehen können. Dabei wird aufgezeigt, wie ein bewusster Umgang mit Belastung über die vier Bereiche Körper, Gedanken, Emotionen und Sinn entwickelt werden kann und wie die Suche nach Medien eigentlichen Energieräubern neue Perspektiven eröffnet. Neben fachlichen Impulsen werden drei praktische Methoden vorgestellt, die sich direkt in den pädagogischen Alltag übertragen lassen. Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Link Informationen und Anmeldung](#)

BAG-BEK: Herbsttagung am 17.-18. September 2026

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit e. V. (BAG-BEK) lädt zu ihrer Herbsttagung 2026 „TRANSFORMATIONen - Kindertagesbetreuung im Wandel“ am 17. und 18. September 2026 an die Evangelische Hochschule in Dresden ein. Im Fokus stehen die aktuellen gravierenden Transformationen, vor denen das KiTa-System steht - insbesondere durch den fast schon dramatischen demographischen Wandel.

[Link BAG-BEK-Herbsttagung 2026](#)

3. Bundestagung Kita-Sozialarbeit: Profile – Praxis – Professionalität am 24.-25. September 2026 in Berlin

Die Kita-Sozialarbeit ist bundesweit ein recht neues Handlungsfeld, in Berlin aber schon seit 20 Jahren bekannt. Kita-Sozialarbeit hat eine Vielfalt von Profilen aufzuzeigen, etabliert sich mehr und mehr in der Praxis und ist auf der Suche nach der ihr eigenen Professionalität. Das Programm besteht aus wegweisenden Keynotes und Konsultationsrunden, in denen Profis aus Praxis und Wissenschaft zum Austausch, zur Beratung und zur Vertiefung einzelner Themen Rede und Antwort stehen. Ein Markt der Möglichkeiten dient zum Einblick und zur Vernetzung. Eine Anmeldung ist bis zum 1. September 2026 möglich. Der Teilnahmebetrag für Nicht-Mitglieder der BAG BEK 45,00 Euro.

[Link Programm der 3. Bundestagung Kita-Sozialarbeit](#)

[Link Anmeldung](#)



Ihnen hat dieser Infobrief gefallen? Sie wünschen sich mehr Informationen zu weiteren beratungsrelevanten Themenbereichen?

Das DSW hat hierzu weitere Angebote, die sich an Studierendenwerke und Hochschulen richten:

- Anmeldung zum Infobrief der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz (SIK) per E-Mail an: sik@studierendenwerke.de
- Anmeldung zum Newsletter "Tipps und Informationen" der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) per E-Mail an: studium-behinderung@studierendenwerke.de

Das Team der SFS freut sich über Ihr Feedback zum vorliegenden Infobrief und über Ihre Anregungen für zukünftige Publikationen.

Deutsches Studierendenwerk

Servicestelle Familienfreundliches Studium

Monbijouplatz 11

10178 Berlin

Mail: sfs@studierendenwerke.de

Telefon: 030 – 29 77 27 -67 /-68

<https://www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-familie>